

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 86 846 pbbn d

## Inhalt

Dr. Hans-Jochen Vogel MdB, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, erinnert an Gustav Heinemann, der vor zehn Jahren starb: Bleibendes geleistet.  
Seite 1

Egon Lutz MdB, Obmann der SPD-Fraktion im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung des Deutschen Bundestages, kommentiert die jüngsten Arbeitslosenzahlen: Regierung verharrt in Untätigkeit.  
Seite 3

Karl-Heinz Mihr MdEP, Betriebsratsvorsitzender des VW-Werkes Kassel, fordert, die Privatisierungspläne von Finanzminister Stoltenberg zu verhindern: Hände weg von VW.  
Seite 5

41. Jahrgang / 124

4. Juli 1986

Maßstäbe gesetzt und Bleibendes geleistet

Eine Erinnerung an Gustav Heinemann, der vor zehn Jahren starb

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB  
Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Am 7. Juli jährt sich der Todestag von Gustav Heinemann zum zehnten Mal. Dieses Datum ist Anlaß, sich an das große Lebenswerk dieses Mannes zu erinnern. Nach einer eindrucksvollen beruflichen Laufbahn und seinem mutigen Eintreten für die bekennende Kirche während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, war er nach dem Krieg zunächst als Oberbürgermeister von Essen und dann als Justizminister in Nordrhein-Westfalen tätig. 1949 übernahm er im Kabinett Adenauer das Amt des Bundesinnenministers, das er bereits 1950 wegen seiner Gegnerschaft gegen die Wiederbewaffnung wieder aufgab. Von 1966 bis 1969 war Gustav Heinemann Bundesminister der Justiz, bevor er im März 1969 zum Bundespräsidenten gewählt wurde.

An Heinemanns Werk besticht seine Überzeugungstreue und die Konsequenz, mit der er das einmal für richtig Erkannte verfolgte. Daß er aus seiner christlichen Überzeugung die Kraft, Gelassenheit und Ruhe bezog, um unbeirrt für seine Sache einzutreten, hat er nie verhehlt. Diese Haltung veranlaßte ihn 1950, vom Amt des Bundesinnenministers zurückzutreten. Er sah durch Adenauers Politik das Ziel der deutschen Wiedervereinigung gefährdet. Sein Eintreten für die Wiedervereinigung bewirkte auch den Austritt aus der CDU und die Gründung der GVP.

Heinemanns Festigkeit gab vor allem seiner Rechtspolitik einen langen Atem und Durchschlagskraft. Obwohl er noch nicht einmal ganz zweieinhalb Jahre lang Bundesminister der Justiz war, hat er doch der sozialdemokratischen Rechtspolitik die entscheidenden Impulse gegeben. Die Liberalisierung des politischen Strafrechts - für die er schon als Rechtsanwalt gestritten hatte - war sein Werk ebenso wie die ersten Schritte zu Liberalisierung des Sexualstrafrechts. Wenn auch die Haupt-

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verantwortliche Organe  
auf erhaltenen Retentions  
Kopie-Papier



teile der Strafrechtsreform von seinen Nachfolgern verantwortet wurden, so kommt doch Heinemann das Verdienst zu, den neuen Anlauf zur Strafrechtsreform gewagt, den Arbeiten an der Erneuerung dieses wichtigen Gesetzes den Nachdruck verliehen zu haben, dessen es zum Erfolg bedurfte.

Aus Heinemanns Gesetzgebungsarbeit ragt neben seinen Initiativen im Bereich des Strafrechts die Reform des Nichtehelichenrechts besonders hervor. Bei seinem Amtsantritt auf der Rosenberg hatte er einen fast kabinettreifen Entwurf vorgefunden. Dieser erschien ihm nicht weitgehend genug und er ordnete die Überarbeitung mit dem Ziel einer völligen Gleichstellung nichtehelicher mit den ehelichen Kindern an.

Als Bundespräsident hat Heinemann Maßstäbe gesetzt und Bleibendes geleistet. Nach außen hat er durch seine Staatsbesuche die Versöhnung mit den im Krieg von Deutschen besetzten Ländern und anderen Kriegsgegnern vorgebracht. Im Inneren hat er durch sein persönliches Vorbild zur Festigung der Demokratie beigetragen; seine Amtsführung beruhte auf der Überzeugung vom Bürger als dem Souverän unseres Staates; zu Recht wurde er auch „Bürgerpräsident“ genannt. Er hat wesentlich zur Entmystifizierung des Staatsverständnisses in unserem Land beigetragen. Seine Bemerkungen, daß er nicht den Staat liebe, sondern seine Frau, ist heute ein geflügeltes Wort.

Die Stärkung des historischen Bewußtseins seiner Landsleute war sein besonderes Anliegen, ständig wies er auf die freiheitlichen Traditionen deutscher Geschichte hin. Das Grundgesetz war seiner Auffassung nach für uns alle ein großes Angebot, mit dem wir uns immer aufs Neue auseinandersetzen müssen, dessen Verständnis nicht selbstverständlich ist, sondern täglich neu errungen werden muß. Konsequenz dieser Einsicht war sein Bekenntnis zu einer Politik ständiger Reformen. Er wußte um die Schwierigkeiten der Reformen, aber er unterstrich ihre Notwendigkeit.

Bei seinem Amtsantritt als Bundespräsident sagte er:

„Das Geheimnis der großen und umwälzenden Aktionen besteht darin, den kleinen Schritt herauszufinden, der zugleich ein strategischer Schritt ist, indem er weitere Schritte in Richtung einer besseren Wirklichkeit nach sich zieht. Darum hilft es nichts, das Unvollkommene heutiger Wirklichkeit zu höhnen oder das Absolute als Tagesprogramm zu predigen. Laßt uns statt dessen durch Kritik und Mitarbeit die Verhältnisse Schritt für Schritt ändern.“ Und bei seinem Abschied aus dem Amt 1974 fügte er hinzu: „Wir erfahren, wie schwer Reformen durchzuführen sind. Aber es muß uns klar sein: In einer so schnell sich verändernden Welt kann nur bewahren, wer zu verändern bereit ist. Wer nicht verändern will, wird auch das verlieren, was er bewahren möchte.“

Diese Worte sind heute so aktuell wie damals.

(-/4.7.1986/vo-he/rs)

\* \* \*



Kein Rückgang, sondern Stagnation

Zu den Arbeitslosenzahlen des Juni 1986

Von Egon Lutz MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung

Die Bundesregierung scheint auf blemmende Weise Recht zu behalten: Ihr Haushaltsansatz für 1987 geht von 2,2 Millionen Arbeitslosen aus - bereits für die erste Hälfte des Jahres 1986 zeigt die Schnitzzahl 2,3 Millionen an.

Auch im Juni des vierten Aufschwungjahres tut sich nichts am Arbeitsmarkt. Die Abnahme von 43.792 Arbeitslosen von Mai auf Juni steht lediglich auf dem Papier. Eine seriöse Rechnung muß zu den 2,078 Millionen Arbeitslosen der Statistik der Bundesanstalt die knapp 40.000 Arbeitslosen dazurechnen, die nach Paragraph 105 c AFG und Paragraph 2 Bundeserziehungsgeldgesetz aus den Nürnbrger Zahlen herausfallen.

Es stimmt also nicht, wenn der Präsident der Bundesanstalt, bereits vorsichtig genug, zu den Juni-Zahlen meint „Die Arbeitslosigkeit geht nur langsam zurück“ - in Wirklichkeit stagniert sie.

Wir schreiben damit im Juni 1986 eine Arbeitslosenquote von 8,4 Prozent. Im Durchschnitt des ersten Vierteljahres steht dagegen eine Zunahme der Erwerbstätigen im Vergleich zum Vorjahr um eine knappe Viertelmillion. Diese fällt in erster Linie auf den Dienstleistungssektor, eine Tendenz, die bereits seit langem abzulesen ist und sich kontinuierlich fortsetzt.

In der ersten Hälfte dieses Jahres begannen 237.700 Arbeitnehmer eine berufliche Fortbildung, eine Umschulung oder eine betriebliche Einarbeitung. An allgemeinen Maßnahmen der Arbeitsbeschaffung nahmen knapp 100.000 vorher Arbeitslose teil. Dies ist zwar eine gewaltige Zunahme, dennoch spielt sich hier weitgehend eine Verschiebung des Problems ab, da diese 100.000 nach Beendigung der Maßnahme zum großen Teil wieder in die Arbeitslosigkeit zurückfallen.

Der Kräftebedarf der Wirtschaft, das ist nicht zu leugnen, wächst weiter. Aber ebenso wächst die Zahl der Personen, die erstmalig oder wieder eine Beschäftigung suchen. Dieser Prozeß sorgt auch weiterhin für eine äußerst beunruhigende Lage am Arbeitsmarkt.

Im Durchschnitt des ersten Halbjahres belief sich die Arbeitslosenzahl auf 2,366 Millionen. Im Vergleich zum Vorjahresstand bedeutet das zwar eine Abnahme von 41.600, setzt man dagegen aber die 38.500 Arbeitslosen, die von der Regelung des Paragraphen 105 c AFG Gebrauch gemacht haben, so wird man mit Fug und Recht sagen können, daß sich an der Arbeitslosenfront nichts getan hat.

Dazu kommen die weiterhin erschreckenden Zahlen einiger Problemgruppen:

41. Jahrgang / 1

- Zunahme arbeitsloser Angestellter plus 6.900;
- Zunahme arbeitsloser Jugendlicher unter 20 Jahren plus 7.200;
- Zunahme älterer Arbeitsloser plus 2.800.

Diesen Menschen hilft es wenig, wenn die Bundesanstalt bekannt gibt, daß die Aufwärtsentwicklung bei der Kräfte Nachfrage anhält. Und auch die Abnahme um 35.000 Kurzarbeiter ist ein fragwürdiger Erfolg, stellt man dem die immer noch existierende Zahl von Kurzarbeitern gegenüber: Es sind 118.000 und das in einem Moment, wo diese Bundesregierung zugeben muß, daß die Überstunden in den Jahren von 1984 auf 1985 um 50 Millionen zugenommen haben.

Wirklich alarmierend ist vor diesem Hintergrund auch der Zugang an Arbeitslosen. Dieser Zugang belief sich im Juni auf 250.900. Eine solche Zunahme um eine Viertelmillion macht deutlich, daß die stille Reserve offensichtlich weit größer ist, als man meint, denn dieser Zugang übertraf den Zugang des Vorjahres um acht Prozent. Auch die Arbeitslosenmeldungen von Arbeitnehmern, die zuvor in einem Arbeitsverhältnis standen, erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um zehn Prozent und schließlich nahm auch der Personenkreis derjenigen, die zuvor noch nicht oder seit längerem nicht mehr gearbeitet haben, im Vergleich zum Juni 1985 um sieben Prozent zu.

Diese Bundesregierung hat sich endgültig vom Millionenheer derjenigen, die ohne Arbeitsplatz sind, verabschiedet. Das beweist auch der Bundeskanzler täglich, indem er sich für einen verspäteten Eintritt in das Rentenalter stark macht, damit diejenigen Arbeitnehmer, die sowieso einen Arbeitsplatz haben, auch noch länger arbeiten können. Mit keinem Wort macht er sich jedoch Gedanken über jene vier Millionen, die keinen Arbeitsplatz haben und bei dieser Politik auch weiterhin keinen bekommen.

Wenn angesichts einer solchen Situation der Wirtschaftsgraf „ein goldenes Jahr“ vorausagt, und behauptet: „Der positive Trend wird auch nicht am Arbeitsmarkt vorbeigehen“, dann stellt er sich verhöhrend auf die Seite der Arbeitsplatzbesitzer und marschiert weiter auf dem Weg in die Zwei-Drittel-Gesellschaft.

(-/4.7.1986/vo-he/rs)

\* \* \*



Hände weg von VW

Der Stoltenberg-Plan, die Bundesanteile des Konzerns zu privatisieren, muß verhindert werden

Von Karl-Heinz Mihr MdEP  
Betriebsratsvorsitzender des VW-Werkes Kassel

Noch nie hat eine frühere Bundesregierung, egal in welcher parteipolitischen Zusammensetzung, eine solch kontroverse Politik gegen die Arbeitnehmer in diesem Lande fertiggebracht wie die derzeitige.

Es fällt einem schon sehr schwer, noch objektiv und sachlich zu bleiben.

Noch eben sind die Auseinandersetzungen um den Paragraphen 116, der zweifellos nach seiner Neuordnung gerade die Beschäftigten bei VW bis ins Mark treffen kann, noch nicht ganz verdaut, da geht man jetzt daran, die Besitzverhältnisse neu zu ordnen.

Ordnungspolitische Erkenntnisse seien es, warum Unternehmen in Privatbesitz sein sollten, meint Herr Stoltenberg als zuständiger Minister.

Seltsam - neuerdings spricht er nur von Veba und VW -, bisher war immer die Lufthansa im Gerede. Da scheint deren Aufsichtsratsvorsitzender Strauß ihnen Angst einzuflößen.

Herr Stoltenberg, der große Seriöse, das Finanzgenie, der heimliche Kanzler - so wird er uns ja seit Monaten dargestellt - scheint mit seiner Kunst, mit seinem Latein am Ende zu sein.

Wurden nicht bisher schon die Bundeshaushalte durch rigorose Sparbeschlüsse auf dem Buckel des „Kleinen Mannes“ ausgeglichen?

Wir haben es alle zu spüren bekommen: die erhöhte Besteuerung unseres Weihnachtsgeldes, der Sonderzahlung, des Urlaubsgeldes - und zum gleichen Zeitpunkt wurden die Großverdiener entlastet.

Zusätzliche Ausgaben des Bundes, vor allem in Form von Wahlgeschenken, Millionen an die Landwirtschaft vor der Niedersachsenwahl (im Januar ist die nächste Bundestagswahl) - jetzt reicht das Geld scheinbar nicht mehr, jetzt soll sogar Bundesvermögen, ja Volksvermögen verschleudert werden.

Der Erlös soll dem Ausgleich des Haushalts '87 dienen und nichts anderem. Von dem vermeintlichen Glanz des Herrn Stoltenberg ist nichts übrig geblieben.

Dies ist aber nur der eine Teil der Medaille.

Welche Auswirkungen hat eine solche Besitzveränderung für die Beschäftigten bei Volkswagen?  
Wie war es in den letzten 30 Jahren in diesem Konzern?

Es gab nicht immer eine solch gute Situation wie heute. Anfang der siebziger Jahre war das Unternehmen VW fast am Ende. Das Schließen mehrerer Fabrikstandorte stand an; Neckarsulm, Emden, ja sogar Salzgitter wurden genannt. Da war die Beteiligung von Bund und Land als Besitzer von jeweils 20 Prozent des Aktienkapitals mehr als hilfreich. Ihre Vertreter im Aufsichtsrat gingen auf die Argumente der Arbeitnehmervertreter ein.

Die Schließung einzelner Fabriken hätte katastrophale Auswirkungen auf ganze Regionen gehabt. Am Beispiel Emden wird das sehr deutlich. Die Nordseewerft war am Ende und nun sollte noch das VW-Werk geschlossen werden. Dies hätte schlimme Folgen für die Menschen dort gehabt. Nicht die betriebswirtschaftliche Gewinn- und Verlustrechnung war der Maßstab der damaligen gemeinsamen Entscheidung. Ein gleichmäßiges Abschmelzen der Belegschaft in allen Fabrikstandorten brachte die Erhaltung des Standortes Emden und somit die Sicherung vieler Arbeitsplätze in dieser Region.

Aus heutiger Sicht weiß man, daß diese Entscheidung absolut richtig war.

Und glaube bitte keiner, daß bei einer ähnlichen Situation wie damals die Bankenvertreter im Aufsichtsrat regionale Gesichtspunkte bei ihren Entscheidungen gelten ließen. Sie wollen Gewinnzahlen - und das ist das Stichwort. Eine weitere Privatisierung herkömmlicher Art bringt - das zeigen alle Erfahrungen - nur eine weitere Konzentration in den Händen der Banken. Und darum fordern wir: „Hände weg davon!“

Wie man nun der Presse entnehmen konnte, hat ja Herr Stoltenberg auch etwas von einer eventuellen Verteilung von Belegschaftsaktien erzählt. Man weiß zwar nicht, wessen Aktien Herr Stoltenberg da verteilen will - das war der Presse nicht zu entnehmen.

Wenn es ihm aber nicht um das Schließen von Haushaltslücken geht, wie er sagt, soll doch der Bund, wenn er unbedingt seine Anteile verteilen will, sie der VW-Belegschaft zukommen lassen. Die Betriebsräte werden sie gut zu verwalten wissen und sie im Interesse der Belegschaft als Machtmittel gegenüber den Banken nutzen. Das wäre ein Stück Glaubwürdigkeit des Herrn Stoltenberg und somit für die Politik dieser Regierung!

Wir wissen aber, daß man im Traum nicht an so etwas denkt. Deshalb geht unser Appell an alle Bundestagsabgeordneten aus den Standorten, wo sich VW- und Audi-Fabriken befinden: Helfen Sie mit zu verhindern, daß ohne Not die Besitzverhältnisse bei uns verändert werden sollen!

Dieser Konzern ist unter den jetzigen Verhältnissen das geworden, was er ist - und daran werden wir nicht rütteln lassen, auch nicht von konservativen Ordnungspolitikern!

(-/4.7.1986/vo-he/rs)

\* \* \*